

Wolfgang Kleindienst  
Kreistagsmitglied Unabhängige Bürgervertretung  
Saale-Orla - UBV  
Kastanienallee 4a  
07381 Pößneck  
E-Mail: [w.kleindienst@t-online.de](mailto:w.kleindienst@t-online.de)  
Tel.: 03647 423223 / 0160 96461516



Pößneck, den 16.02.26

## Pressemitteilung

### **Energiepolitik darf nicht zur sozialen Spaltung führen – UBV stellt Musterantrag für kommunale Grundsatzbeschlüsse vor**

Die Unabhängige Bürgervertretung (UBV) im Saale-Orla-Kreis stellt Gemeinderäten in Thüringen ein ausgearbeitetes Muster für einen Grundsatzbeschluss gegen die Ausweisung weiterer Windenergieflächen im Gemeindegebiet zur Verfügung.

Für die UBV steht dabei nicht nur der Schutz von Natur und Landschaft im Mittelpunkt.

Zunehmend rückt die soziale Frage in den Vordergrund.

**„Energiepolitik darf nicht zur sozialen Spaltung führen“**, erklärt Wolfgang Kleindienst, Kreistagsmitglied der UBV und 45 Jahre in der Energieversorgung tätig. „Wenn Strompreise steigen, Netzentgelte explodieren und immer mehr Geld für gezielte Eingriffe der Netzbetreiber in die Fahrweise von Kraftwerken und Erzeugungsanlagen (wie Windparks oder Solaranlagen), um Netzengpässe zu beheben und die Stromversorgung zu sichern (Redispatch) und Netzausbau aufgewendet werden muss, zahlen am Ende Bürger, Mittelstand und Kommunen die Rechnung.“

#### **Strompreise und Netzentgelte belasten den ländlichen Raum besonders**

Der forcierte Ausbau volatiler Windenergie führt zu:

- steigenden Netzausbaukosten
- zunehmenden Eingriffen ins Stromnetz
- hohen Entschädigungszahlungen bei Abschaltungen
- strukturellen Mehrkosten im System

Diese Kosten werden über Netzentgelte und Umlagen umgelegt. Besonders betroffen sind:

- Familien mit festen Einkommen
- Rentner
- kleine und mittlere Unternehmen
- kommunale Einrichtungen wie Schulen und Kindergärten

Sinkende Kaufkraft bedeutet weniger Investitionen vor Ort, weniger Wachstum, weniger Perspektive für junge Menschen.

#### **Versprochene Gewerbesteuern stehen realen Belastungen gegenüber**

Windkraftprojekte werden häufig mit Einnahmeerwartungen beworben. Doch die Realität ist komplexer:

- schwankende Ertragslagen
- steuerliche Gestaltungsmöglichkeiten großer Betreiber
- langfristige Rückbauverpflichtungen
- Risiken für Immobilienwerte und Standortattraktivität

Kurzfristige Einnahmen können langfristige Strukturprobleme nicht ausgleichen.

## **Kommunale Verantwortung endet nicht bei Flächenzuweisungen**

Das von der UBV bereitgestellte Muster bringt den politischen Willen eines Gemeinderates klar zum Ausdruck und berücksichtigt zugleich die bundes- und landesrechtlichen Vorgaben.

### **Es stellt klar:**

Gemeinden sind keine bloßen Vollzugsorgane übergeordneter Planungen. Sie tragen Verantwortung für Lebensqualität, wirtschaftliche Stabilität und sozialen Zusammenhalt.

Gerade in Thüringen, wo Regionalplanung und bundesrechtliche Ausbauziele starken Druck erzeugen, ist es entscheidend, dass Gemeinden geschlossen, rechtssicher und frühzeitig Stellung beziehen.

**„Wir brauchen eine Energiepolitik mit Augenmaß – technisch verantwortbar, wirtschaftlich tragfähig und sozial ausgewogen“,** so Kleindienst. „Alles andere gefährdet Akzeptanz, Zusammenhalt und Vertrauen in politische Entscheidungen.“

Die UBV ruft daher kommunale Mandatsträger auf, das Muster als Grundlage für eigene Beschlüsse zu prüfen und ihre Verantwortung gegenüber Bürgern und kommenden Generationen wahrzunehmen.

Wolfgang Kleindienst

Kreistagsmitglied – Unabhängige Bürgervertretung Saale-Orla (UBV)